



Protokollauszug
zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 14.12.2023, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

**TOP 1 TOP Betriebsausschuss
 Stadtentwässerung**

Beratungsverlauf:

Siehe separates Protokoll des Betriebsausschusses Stadtentwässerung.

**TOP 2 TOP Betriebsausschuss
 Stadtentwässerung**

Beratungsverlauf:

Siehe separates Protokoll des Betriebsausschusses Stadtentwässerung.

**TOP 3 TOP Betriebsausschuss
 Stadtentwässerung**

Beratungsverlauf:

Siehe separates Protokoll des Betriebsausschusses Stadtentwässerung.

**TOP 4 TOP Betriebsausschuss
 Stadtentwässerung**

Beratungsverlauf:

Siehe separates Protokoll des Betriebsausschusses Stadtentwässerung.

Beschluss:

1. Mit dem Tierschutzverein Ludwigsburg e.V. wird ab dem 01.01.2024 ein neuer Vertrag über die Zuführung, Verwahrung und Pflege von Fund- und Verwahrtieren geschlossen. Der Vertrag hat eine Laufzeit von zwei Jahren und endet zum 31.12.2025.

Die Stadt zahlt dem Tierschutzverein, analog der derzeit geltenden vertraglichen Verpflichtung, zur Deckung seiner notwendigen Aufwendungen für die Abholung, Verwahrung, Pflege und tierärztliche Versorgung der aufgenommenen Fund- und Verwahrtiere ab dem 01.01.2024 eine jährliche Pauschale von 0,68 EUR je Einwohner, zuzüglich der zum Zeitpunkt geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer. Die zu zahlende Pauschale von 0,68 EUR je Einwohner wird im Jahr 2025 um 0,01 EUR zuzüglich der zum Zeitpunkt geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer je Einwohner erhöht.

Die Einwohnerzahl wird zum Stand 30.06. des Vorjahres als Berechnungsbasis des Entgelts zu Grunde gelegt (vgl. § 143 GemO). Das Entgelt ist spätestens zum 01. März des jeweiligen Jahres zu leisten.

2. Zum Ausgleich der in den Anträgen des Tierschutzvereines dargelegten finanziellen Mehrbelastung, zahlt die Stadt Ludwigsburg dem Tierschutzverein Ludwigsburg e.V. 2024 und 2025 jeweils einen Betrag i.H.v. 20.000,00 EUR, vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung 2024f.

Im Jahr 2025 wird mit den an den Tierschutzverein Ludwigsburg e.V. angebotenen kreisangehörigen Gemeinden ein gemeinsam vereinbartes finanzielles und vertragslaufzeitliches Vorgehen verhandelt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Knecht
Stadtrat Maier

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** eröffnet die Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses. Davor hat eine Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung stattgefunden.

Der **Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung geht auf die Vorlage ein. Er dankt dem Tierheim als zuverlässiger Partner. Das Tierheim erfülle eine kommunale Aufgabe.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache.

Der Tierschutzverein übernehme eine kommunale Pflichtaufgabe, sagt Stadträtin **Dr. Knoß**. Dies funktioniere nur durch Spendengelder und ehrenamtliche Helfer. Sie plädiert dafür, dass die tatsächlichen Kosten für die Fundtiere übernommen werden. Ihre Fraktion werde heute einen Spendenscheck in Höhe von 550,-- Euro an das Tierheim überreichen. Mit einer Katzenschutzverordnung hätte man die Probleme eindämmen können. Sie fragt nach dem Pachtzins und will wissen, ob dieser erhöht worden sei. Sie wird der Vorlage zustimmen und hofft, dass durch Spenden und einer höheren Summe durch den Kreis die Zeit bis zur nächsten Verhandlung überbrückt werden könne.

Stadtrat **Klotz** dankt dem Tierschutzverein für die gute und wichtige Arbeit. Ziffer 1 der Vorlage könne er zustimmen. Zu Ziffer 2 fragt er, weshalb eine Umsatzsteuer anfalle. Er sieht einen umsatzsteuerfreien Zuschuss an das Tierheim als sinnvoller an.

Stadtrat **Raasch** wird der Vorlage zustimmen und spricht ebenso seinen Dank aus. Er fragt, ob die Tierheime der Vergleichsstädte auf eigenem Gelände und in eigenen Gebäuden untergebracht seien. Das Gelände werde dem Tierheim zur Verfügung gestellt, merkt er an. Er geht ebenso auf den unterschiedlichen Steuersatz ein und fragt, ob die Kosten für Gebühren, Tierarzt und Nahrung separat aufgesplittet werden könne.

Stadträtin **Liepins** lobt ebenso die Arbeit des Tierschutzvereines und wird der Vorlage zustimmen. Sie geht auf die organisierten Tiertransporte und den Hundehandel aus Südosteuropa ein und fragt, ob hierdurch ein Mehraufwand beim Tierheim zu erkennen sei.

Stadtrat **Müller** schließt sich dem Dank an. Er fragt nach dem Mehrwertsteuersatz für den Betrag von 20.000 Euro. Zudem interessiert ihn, ob dieser Betrag im Haushaltsplan enthalten sei.

Der **Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung wird mit dem Fachbereich Liegenschaften die Frage zum Erbbaupachtzins klären, wie auch mit dem Fachbereich Finanzen die Steuerfragen und die Förderfähigkeit.

Eine **Vertreterin** sowie ein **Vertreter** des Tierschutzvereins Ludwigsburg e.V. beantworten die Fragen des Gremiums. Eine deutliche Zunahme osteuropäischer Tiere sei nicht erkennbar. Gegebenenfalls werde der entsprechende Verein kontaktiert. Die Herkunft der Tiere sei nicht immer nachvollziehbar. Die Zahl der Hundehändler aus Osteuropa nehme zu. Die Tiere seien häufig krank und schlecht sozialisiert. Zudem erkenne man eine Zunahme an Qualzuchten. Diese bringen häufig immense Tierarztkosten und Spezialoperationen mit sich.

BM **Mannl** lässt über die Vorlage abstimmen. Die Deckung sei im Haushalt enthalten.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung geht auf die Mitteilungsvorlage und den Antrag der CDU-Fraktion Nr. 212/23 ein. Man stehe zu diesem Thema in regelmäßigem Austausch mit der Polizei. Momentan habe die Polizei keine dunklen Ecken im Visier. Falls sich dies ändere, melde die Polizei sich bei der Stadt. Für eine Videoüberwachung an bestimmten Orten gebe sehr hohe Anforderungen. Die Voraussetzung für eine Videoüberwachung seien Kriminalitätsbrennpunkte, die gebe es in Ludwigsburg aktuell nicht.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung, zuständig für den Bereich der kommunalen Kriminalprävention, stellt sich dem Gremium vor.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache und erteilt der Antragstellerin das Wort.

Stadträtin **Dr. Klünder** zeigt sich zufrieden und lobt die Arbeit. Der Marktplatz sei zu dunkel und nicht gut beleuchtet, bemängelt sie. Sofern die finanziellen Verhältnisse es zulassen, solle hier eine Verbesserung erfolgen. Am Bahnhof Sorge eine entsprechende Bestreifung für ein besseres Sicherheitsgefühl. Sauberkeit und Sicherheit spielen zusammen. Eine saubere Stadt sei ein relevanter Faktor. Zum Glück gebe es in Ludwigsburg keine Müllberge, meint sie und lobt die Arbeit der TDL. Das Sicherheitsgefühl sei subjektiv und werde unterschiedlich wahrgenommen.

Stadtrat **Handel** wünscht die Prüfung einer Überführung an der Friedenskirche alternativ zur Unterführung. Ein oberirdischer Überweg werde einer Unterführung immer vorgezogen, meint er. Der Bahnhofsvorplatz, der Marktplatz und der Arsenalplatz werden freier, offener und belebter. Hierdurch werde die soziale Sicherheit gewährleistet. Der Städtebau denke dieses Thema mit.

Der Hinterhof des Arsenalplatzes sei immer noch zu dunkel und solle nicht vergessen werden, meint Stadtrat **Raasch**. Gespräche mit dem Kreissenorenrat haben eine grundsätzliche Zufriedenheit ergeben. Am Bahnhof solle der Taxistand, als soziale Kontrolle, bleiben und nicht verlegt werden. Die Beleuchtung am Marktplatz sei nicht ideal. Er wünscht mehr Information zur Sensoren- Steuerung. Er fragt, ob der Arsenalplatz durch Gastrostände belebt werden könne.

Stadträtin **Liepins** merkt an, dass sie das Ziel des Antrages nicht erkannt habe. Nicht nur in der Innenstadt, auch in den Stadtteilen, gebe es dunkle Ecken. Man müsse ökologische und ökonomische Belange abwägen. Beispielhaft nennt sie die Beleuchtung des Grünzuges Pflugfelden, welche mittels Bewegungsmelder gesteuert werde. Seit Jahrzehnten fühle man sich durch das subjektive Gefühl am Bahnhof unsicher, sagt sie aus eigener Erfahrung. Am Marktplatz könne sie sich eine bessere Ausleuchtung vorstellen. Dies sei schon oft im Gemeinderat thematisiert worden, erinnert sie sich.

Die gefühlte Sicherheit im öffentlichen Raum sei wichtig und wesentlich für den Ausbau des ÖPNV, sagt Stadtrat **Müller**. Die Sicherheit am Bahnhof müsse gewährleistet sein.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** informiert, dass sich an der Unterführung am Stuttgarter Torhaus ein Obdachloser eingerichtet habe. Weiter berichtet sie von einem Zwischenfall mit einem abgelegten Scooter auf den Radweg am Comburger Kreisel. Hier sei die Beleuchtung nicht ausreichend. Sie habe mit dem Mängelmelder sehr gute Erfahrungen gemacht und lobt die Arbeit der TDL. Sie selbst fühle sich sicher in der Stadt, Angsträume seien ihr keine bekannt.

Der **Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung geht auf die offenen Fragen ein. Sauberkeit und Sicherheit ergänzen sich. Das subjektive Sicherheitsbedürfnis steige an, obwohl die Zahlen in der Kriminalstatistik besser werden. Mit kleinen Maßnahmen könne hier viel erreicht werden. Die Hinweise zum Stuttgarter Torhaus, der Beleuchtung am Marktplatz und die Anregungen zum Arsenalplatz werden mitgenommen, wie auch der oberirdische Übergang am Karlsplatz.

BM **Mannl** geht auf das automatische Beleuchtungssystem durch Sensoren, ergänzt durch neuere Systeme, wie Bewegungsmelder, ein. Anregungen zur Beleuchtung werden zum Gespräch mit den Stadtwerken mitgenommen. Der Hinweis zu abgestellten Scootern auf Radwegen werde ebenso mitgenommen. Angsträume und dunkle Ecken, auch außerhalb der Innenstadt, sollen der Verwaltung gemeldet werden.

TOP 6.1 - Antrag der CDU-Fraktion vom
16.08.2023

Vorl.Nr. 212/23

Beratungsverlauf:

Siehe Tagesordnungspunkt 6.
Der Antrag ist als erledigt anzusehen.

TOP 7 **Verbesserung der Aufenthaltsqualität in
der zentralen Innenstadt
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, gehen **Mitarbeiter** der Fachbereiche Nachhaltige Mobilität und Tiefbau und Grünflächen auf die Anträge der CDU-Fraktion ein.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache und erteilt der Antragstellerin das Wort.

Stadträtin **Dr. Klünder** sieht die Anträge als nicht erledigt an. Die Fußgängerzonen, vor allem die Kirchstraße, müssen mitgedacht werden. Sie könne sich eine höhere Bepflanzung in Kübeln und am Marktplatz ein Sonnensegel vorstellen. Als Musterkommune nennt sie Villach in Österreich. Es werde mehr Grün, mehr

Aufenthaltsqualität und Schatten in der Stadt gewünscht. Man müsse einen möglichst idealen Stadtraum für die ganze Stadtgesellschaft schaffen. Die Anzahl der Bänke störe nicht, sondern die Platzierung. In der oberen Marktstraße könne sie sich durchaus mehr Bänke vorstellen. Die Ideen für die Asperger Straße seien gut. Sitzbänke an der evangelischen Kirche seien wegen der Zugluft ungünstig. Zudem könne Sie sich dort die Pflanzung von drei Bäumen, vor allem wegen dem Weihnachtsmarkt, nicht vorstellen. Sie plädiert dafür, mehr Bänke im Schatten der Bäume aufzustellen. Es können jedoch nicht überall Bäume gepflanzt werden, deshalb müsse man auch über Sonnensegel nachdenken. Außerdem müsse man sich Gedanken machen, ob es in den Parkhäusern die Möglichkeit gibt, Abstellflächen für hochwertige Fahrräder zu schaffen, gegebenenfalls gegen eine kleine Gebühr, jedoch nicht gleich anfangs. In der Wilhelmstraße und am Holzmarkt sollten Fahrradbügel angebracht werden. Kostbare Schattenplätze, vor allem in der unteren Marktstraße, seien durch Fahrradbügel besetzt, bemängelt sie. Sie fragt nach den Kosten für die Bänke, da es hierfür Sponsoren gebe.

Es brauche entsiegelte Flächen, nur dann könnten Bäume gepflanzt werden, sagt Stadträtin **Dr. Knoß**. Außerdem seien Fahrradbügel in der Nähe des Marktplatzes, vor allem für Wochenmarktbesucher, sehr wichtig. Bestehende Bügel sollten nicht entfernt werden, diese verhindern auch Verstöße gegen die Parkierungsregeln. Ansonsten müsse vermehrt kontrolliert werden. Man brauche eine maximale Anzahl von Fahrradbügeln und bequemen Bänken. Zudem müssen entsprechende Mülltonnen mitgedacht werden. Die Gestaltung der Eberhardstraße sei wichtiger als Kurzparkplätze und sie freut sich über den Zuspruch der Einzelhändler. Neue Bäume in der Hospitalstraße werde vermutlich in nächster Zeit, aufgrund finanzieller Gründe, nicht umgesetzt werden können.

Bänke gebe es genug, nur am falschen Ort, so Stadtrat **Raasch**. Er macht den Vorschlag, Bänke, die nicht gut genutzt werden, an andere Stellen zu versetzen. Außerdem seien Bänke mit Armlehnen, vor allem für ältere Menschen, wichtig. Der Kreissenorenrat habe sich zu einer Stiftung bereit erklärt, jedoch nicht für die gewählten Bänke. Weiter geht er auf die Verschmutzung durch die Lindenbäume an der Unteren Marktstraße ein. In der Nähe der Bäume sollten keine Bänke aufgestellt werden. Dies sei sonst mit hohen Reinigungskosten verbunden. Bei der Anbringung der Fahrradbügel solle die Aufstellung der Mülltonnen mitgedacht werden. Die geplanten Bäume rund um die katholische Kirche sehe er als problematisch an. Der Abstand der Bäume, sowie die Standorte, müssen für Festivitäten mitgedacht werden.

Wir befürworten Bänke unter den Bäumen und an schattigen Plätzen, so Stadträtin **Liepins**. Jedoch sollten die Mülleimer wegen des Geruchs und Wespen nicht direkt daneben aufgestellt werden. Die Planung rund um die katholische Kirche sei gelungen. Außerdem macht sie den Vorschlag, die Bänke Probe zu sitzen, bevor sie bestellt werden. Insbesondere werden Bänke mit Lehnen gewollt. Für die Standorte der Fahrradbügel in der Oberen und Unteren Marktstraße wünscht sie eine Vor-Ort-Begehung.

Stadtrat **Müller** plädiert auch dafür, die Bänke vor der Anschaffung Probe zu sitzen, damit sie auch wirklich gemütlich seien. Die Sitzfläche dürfe nicht zu tief sein.

Stadtrat **Handel** fragt nach der Farbauswahl der Bänke. Er will wissen, ob die Nachhaltigkeitskriterien beachtet seien. Er lobt den Zuschlag für ein deutsches Fabrikat. Die Fahrradbügel sollten für Veranstaltungen demontierbar sein. Der Bedarf

an weiteren Fahrradbügeln werde steigen. Er wirbt für eine Gesamtstrategie. Bei den Baumbeeten solle die Wasseraufnahme und Versickerung mitgedacht werden. Auch größere Baumbeete werden gewünscht.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen beantwortet die offenen Fragen. Er geht auf die Lindenbäume ein. Die Erfahrungswerte zeigen eine gute Annahme der Radbügel. Eine größere Verschmutzung sei nicht bekannt. Die Baumauswahl an den Kirchen sei noch nicht final getroffen. Der Abstand zur Kirche werde eingehalten. Der Standort für die Bänke und Radbügel könne flexibel gewählt werden. In der Innenstadt sollte die Sicht auf die Schaufenster durch die Rückenlehnen nicht beeinträchtigt werden. Die Bänke seien bereits angeschafft. Die Kostenhöhe werde nachgereicht.

BM **Mannl** merkt an, dass der Standort variierbar sei. Eine Rückmeldung der Innentadtakteure werde gewünscht. Sponsoren können sich sehr gerne an den Fachbereich Grünflächen wenden. Die Hinweise werden mitgenommen.

TOP 7.1 **Fahrradabstellplätze in der Innenstadt -** **Vorl.Nr. 214/23**
Antrag der CDU-Fraktion vom
16.08.2023

Beratungsverlauf:

Siehe Tagesordnungspunkt 7.

TOP 7.2 **Mehr Grün und schattige Plätze in der** **Vorl.Nr. 318/21**
Innenstadt um das Stadtklima zu
verbessern / Zukünftige Gestaltung der
Fußgängerzonen und des Marktplatzes
- Antrag der CDU-Fraktion vom
06.10.2021

Beratungsverlauf:

Siehe Tagesordnungspunkt 7.

Beratungsverlauf:

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Mitteilungsvorlage ein. 2023 konnten nicht alle Straßen erneuert werden und seien für 2024 vorgesehen. Deshalb sei das reguläre Programm 2024 etwas reduziert. Beispielsweise sei die Sanierung der Oberen Gasse im Frühjahr 2024 vorgesehen. Die Schwieberdinger Straße sei ebenso nach 2024 verschoben, da hänge man sich an die Maßnahme des Regierungspräsidiums an.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Handel** rät, die Strombergstraße nicht sofort zu sanieren. Es solle geprüft werden, ob drei Spuren gebraucht werden. Er könne sich vorstellen, anstatt einer Fahrbahn eine Baumreihe zu setzen. Der Naturschutzbund werde gerne für zusätzliche Maßnahmen die Baumspende übernehmen. Bergaufwärts wäre außerdem ein Radstreifen gut. In der Königinnen-/ Paulusalley brauche man eine Verbesserung der Fuß- und Radwegesituation. Er fragt nach dem Umsetzungsstand der geplanten Straßen aus 2023.

Stadtrat **Klotz** fragt, warum die B 27, als Bundesstraße, von der Stadt saniert werden müsse. Erst kürzlich habe man die Mauer saniert und die Straße musste gesperrt werden. Er wünscht eine Übersicht zur Terminplanung der Sanierungsmaßnahmen 2024.

Stadtrat **Zeltwanger** schlägt vor, die Wände der Unterführung an der Stuttgarter Straße zu begrünen. Paulusweg und Strombergstraße seien eher wenig frequentiert und können geschoben werden. Hier sollten weitere Planungen für einen besseren Radverkehr erfolgen.

Viele Straßen in der Stadt seien dringend sanierungsbedürftig, meint Stadträtin **Liepins**. Die Strombergstraße und der Paulusweg könne zugunsten einer verbesserten Planung zurückgestellt werden. Bisher sei man von Belagssanierungen ausgegangen. Die Kosten für einen Vollumbau mit Baumquartieren und einer Neugestaltung werde finanziell höher liegen, merkt sie an. Sie fragt, ob dafür eine andere Straße vorgezogen werden könne.

Stadtrat **Müller** fragt, welche Maßnahmen aus 2023 in das Jahr 2024 geschoben werden und welche Straßensanierungen aus 2024 überhängig seien. Er geht auf die Waliserstraße ein und fragt, ab wann dort die Linie 422 fahren werde.

Stadträtin **Dr. Knoß** weist auf die Hindenburgstraße hin. Diese zeige schwere Schäden auf und bergen für die Radfahrenden eine Gefahr.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die offenen Fragen ein. In der Königinallee befinde sich noch eine Restmarkierung des früheren gemeinsamen Geh-/ Radweges. Die Radfahrende sollten bereits jetzt auf der Straße mitfahren. Die Zuführung des Knotens an die Stuttgarter Straße sei problematisch. Dies sei im Zusammenhang mit einer Sanierungsmaßnahme des

Regierungspräsidiums vorgesehen. Man stehe hierzu in enger Abstimmung. Die Maßnahmen kollidieren nicht. Die Sanierung der Waliserstraße sei Voraussetzung für die Buslinie.

Eine Mauerbegrünung der Unterführung an der Stuttgarter Straße sei, unter anderem wegen der Bewässerung und Pflege, schwierig, meint die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen. Ohne Bodenanschluss und Entsiegelung sei dies nicht sinnvoll. Sie geht auf die Mauer- und Belagssanierung an der B 27 ein. Die Firmen brauchen einen unterschiedlichen Arbeitsraum und eine Kopplung sei hier nicht sinnvoll. Man versuche den Verkehr fließen zu lassen und die Auswirkungen gering zu halten. Die Baumaßnahmen 2024 werden Anfang des Jahres dem Gremium vorgestellt. Die Idee mit der Strombergstraße werde zur internen Rücksprache mitgenommen. Bisher sei nur eine reine Belagssanierung vorgesehen. Ob Bäume gepflanzt werden können, müsse geprüft werden. Sofern Leitungen darunter liegen, sei dies schwierig. Baumspenden werden gerne entgegengenommen. Die heutige Mitteilungsvorlage sei mit dem Fachbereich Stadtplanung und Vermessung, dem Fachbereich Nachhaltige Mobilität und den Stadtwerken sowie der SEL unter dem zur Verfügung gestellten Budget, abgestimmt. Bisher gebe es noch keine Ausführungsplanung. Kleinere Maßnahmen finden zusätzlich im Rahmen des Unterhaltungsbedarfs statt.

BM **Mannl** geht auf die Frage zur B 27 ein. Die Stadt sei für die Betreuung zuständig und erhalte den Anteil der Lkw-Maut für den Straßenabschnitt, der durch die Stadt führe. Mängel an den Straßen können über den Mängelmelder eingebracht werden.

BM **Mannl** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.